

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/61

29. März 1977

Kompromißfähigkeit bewiesen!

Rate-Sitzung in Rom war ein Erfolg für Europa

Von Horst Seefeld MdB

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Seite 1 / 34 Zeilen

Sicherheit durch mehr Vertrauen

Manöver-Beobachtereinladungen - eine Erfolgsbilanz

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 2 bis 4 / 114 Zeilen

McCarthyismus in Hessen?

CDU fordert politischen Numerus clausus

Von Hartmut Holzapfel MdL

Mitglied des Kulturausschusses des hessischen Landtags

Seite 5 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Bohndt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 180-490
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38-39
Telex: 08 88 646-46 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kompromißfähigkeit bewiesen!

Rats-Sitzung in Rom war ein Erfolg für Europa

Von Horst Seefeld MdB

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Anlässlich des Festaktes zum 20jährigen Bestehen der Europäischen Gemeinschaft hatten sich die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten diesmal zur routinemäßigen Sitzung des Europäischen Rates am Wochenende in Rom getroffen. Überschattet wurde die Zusammenkunft durch die zu Anfang des Treffens fast unüberwindbar erscheinenden Schwierigkeiten unter den Neun über die Vertretung der Europäischen Gemeinschaft auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel. Nach langen Verhandlungen hat die Gemeinschaft jedoch einmal mehr bewiesen, daß sie durchaus zu tragbaren Kompromissen fähig ist: Der Kommissionspräsident, Roy Jenkins, wird immer dann bei den Beratungen in London anwesend sein, wenn Fragen behandelt werden, für die die Gemeinschaft zuständig ist.

Hauptthemen des eigentlichen Treffens waren der verstärkte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, vor allem sollen in Zukunft gezieltere Maßnahmen zum Abbau der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit getroffen werden. Soll Europa, so wie es vor mehr als zwanzig Jahren konzipiert wurde, für die junge Generation von heute noch attraktiv sein, muß sich dieses Europa endlich der Probleme der jungen Europäer annehmen und ihnen die Möglichkeit für eine sichere berufliche Zukunft geben. Weiterhin wurde die verstärkte gemeinsame Bekämpfung der Inflation beschlossen. Im Nord-Süd-Dialog sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt sich für eine Stabilisierung der Rohstoffpreise der ärmsten Entwicklungsländer aus, so daß auch auf diesem Gebiet mit einer gemeinsamen Verhandlungslinie der Neun nun gerechnet werden kann.

Hochfliegende Pläne für die weitere Zukunft der Gemeinschaft wurden vermieden und dies aus gutem Grund. Europa muß sich zur Zeit auf die Bewältigung der anstehenden Probleme beschränken und konzentrieren. Wenn die Gemeinschaft in absehbarer Zeit erweitert werden soll, muß ihre innere Situation konsolidiert sein. Dies haben die Verantwortlichen erkannt und die Bereitschaft gezeigt, auch in Zukunft gemeinsame Lösungen für die Fragen zu finden, die sich, wenn auch in unterschiedlichem Maße, allen Mitgliedstaaten stellen. Dies mag manchem von uns nicht genügen. Im Augenblick ist dieses Vorgehen aber die beste Garantie für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der Gemeinschaft. Aus dieser Sicht gesehen war Rom ein Erfolg für Europa. (-/29.3.1977/bgy/lo)

+ + +

Sicherheit durch mehr Vertrauen

Manöver-Beobachtereinladungen - eine Erfolgsbilanz

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestage-Unterausschusses
für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Humanitäre Erleichterungen stellen ohne jeden Zweifel eines der wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Entspannungspolitik dar. Sie haben in der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung immer einen hohen Stellenwert gehabt. Sie haben ihn auch heute, und sie werden ihn behalten. Die "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" ist als "Korb III" von uns, dem Westen, als Tagesordnungspunkt in den Helsinki Vorgesprächen durchgesetzt worden; zu einem Zeitpunkt, zu dem die Opposition noch alle Hebel in Bewegung setzte, die KSZE überhaupt zu verhindern.

Dieser Korb III kann und darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Die Forderung nach menschlichen Erleichterungen bleibt eine Leerformel, wenn sie nicht getragen wird von der Bereitschaft zur Kooperation in allen Bereichen ost-westlicher Interessen; und dazu gehört die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt (Korb II) ebenso, wie die in Korb I verankerten vertrauensbildenden Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung. Die durch die Schlußakte von Helsinki gekennzeichnete Politik ist eine Einheit, die auch durch einseitige Interpretationsversuche der Opposition nicht gesplittert werden kann.

Das übergeordnete Ziel der mit der KSZE verfolgten Entspannungspolitik ist es, eine Konzeption zu verwirklichen, die den Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in zunehmendem Maß unmöglich macht. Dazu sind Anstrengungen in allen Bereichen der Politik erforderlich. Ich möchte hier einen Aspekt näher beleuchten: Es ist nach wie vor das primäre Ziel der Sicherheitspolitik, einen Krieg zu verhindern; aber durch die Entspannungspolitik haben sich die Stellenwerte der zur Sicherheitspolitik gehörenden Instrumente verschoben: Eine Aggression ist unwahrschein-

licher geworden; mehr und mehr geht es heute um Friedenserhaltung durch Krisenstabilität. Damit gewinnen die in Korb I der KSZE-Schlußakte aufgenommenen vertrauensbildenden Maßnahmen zunehmend an Bedeutung. Das militärische Element der Abschreckung verliert seine Monopolstellung für die Sicherheitspolitik. Es wird zu einem Instrument des Krisenmanagements, das durch Elemente aus allen anderen Bereichen der Politik ergänzt wird.

Einige dieser Bereiche sind die vorherige Ankündigung von militärischen Manövern, der Austausch von Manöverbeobachtern, die vorherige Ankündigung größerer militärischer Bewegungen sowie Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung. Fragen der Abrüstung sind nur am Rande Gegenstand der KSZE. Ihre konkrete Behandlung erfolgt in anderen Konferenzen. Die drei anderen Maßnahmen greifen nicht ein in die Substanz militärischer Mittel. Sie dienen der Transparenz der politischen wie militärischen Konzepte und ihrer Strategien, der vorhandenen Potentiale und der sie ergänzenden Planung. Dadurch tragen sie zur Vertrauensbildung bei und ermöglichen eine Entideologisierung und Rationalisierung auch der militärischen Beziehungen zwischen Ost und West.

Im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen hat die westliche Seite in zähen Verhandlungen die Sowjetunion zu einem für sie schwierigen Denk- und Erfahrungsprozeß veranlaßt. In ihren seit 1966 gemachten Vorschlägen hatte die Sowjetunion zwar von einer europäischen Sicherheitskonferenz gesprochen, sich aber auf eine Einigung über Prinzipien für zwischenstaatliche Beziehungen beschränken wollen. Die westliche Seite hat von Anfang an darauf bestanden, die militärischen Aspekte der Sicherheit nicht aus den Augen zu verlieren. 1968 schlug die NATO Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen vor. Obwohl dieser Verhandlungsbereich dann nicht der KSZE, sondern den MBFR-Verhandlungen zugewiesen wurde, bestanden seit den Verhandlungen in Helsinki 1972 die westlichen Staaten darauf, auch auf der KSZE-Tagesordnung vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich anzusetzen. Nachdem die Sowjetunion nach zähem Widerstand sich dann auf der Vorkonferenz vom Sommer 1973 grundsätzlich mit einer entsprechenden Tagesordnung einverstanden erklärt hatte, bedurfte es noch zwei Jahre zäher Verhandlungen.

Die Geschichte der Manöverankündigung ist ein Beispiel dafür, wie illusionälos in zäher Geduld mit kleinen Schritten die politische Landschaft zwischen Ost und West verändert werden kann. Wer 1970 den Mut zu der Voraussage gehabt hätte, daß ab 1975 sich Ost und West gegenseitig Manöver ankündigen und sogar noch Militärexperten als Gäste zu solchen Manövern einladen würden, der wäre mit Sicherheit als Phantast abgetan worden.

In den Verhandlungen zur Vorbereitung der KSZE in Genf und Helsinki von 1972 bis 1975 hatte sich die Sowjetunion noch reservierter in der Frage der Einladung von Manöverbeobachtern verhalten. Im Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen hatten die Teilnehmerstaaten schließlich angekündigt, daß sie "freiwillig und auf bilateraler Grundlage" andere Teilnehmerstaaten einladen würden, Beobachter zu den Manövern zu entsenden. Dem einladenden Staat war es dabei ausdrücklich vorbehalten, in jedem einzelnen Fall die Auswahl der Beobachter und die Verfahren und Bedingungen ihrer Teilnahme zu bestimmen.

Seit Verabschiedung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1975 wurden insgesamt elf Manöver mit einer Beteiligung von mehr als 25 000 Mann und zwölf kleinere Manöver angekündigt. Davon entfielen auf die NATO sechs größere und sieben kleinere, auf den Warschauer Pakt vier größere und zwei kleinere und

von neutralen KSZE-Teilnehmern wurden ein größeres und vier kleinere Manöver angekündigt. Beobachtereinladungen wurden seit Helsinki elf Mal ausgesprochen. Die NATO hat fünfmal eingeladen, der Warschauer Pakt dreimal und neutrale Staaten ebenfalls dreimal.

Manöverankündigungen und Beobachtereinladungen sind Maßnahmen, die ein Mindestmaß an Kooperationsbereitschaft voraussetzen. Die damit verbundene Bereitschaft zur Transparenz hat insbesondere den Warschauer Pakt vor erhebliche Probleme gestellt. Im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen ist ein Lernprozeß eingeleitet worden, der noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Das Bewußtsein, daß Sicherheit nur gewahrt werden kann, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht, d.h. wenn beide Seiten sich vor der jeweils anderen Seite sicher fühlen, gewinnt zunehmend an Raum.

Erstmals vertraglich verankert ist dieses Prinzip im SALT I-Abkommen, wo die Sowjetunion und die USA vereinbart haben, die gegenseitige Satellitenaufklärung nicht nur zu dulden, sondern sogar nicht zu stören. Die in der KSZE-Schlußakte vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen setzen diese Politik fort.

Angesichts der bisherigen von wenigen Ausnahmen abgesehenen Praxis, jede militärische Aktion in einen Schleier der Geheimhaltung zu hüllen, ist die auf eine anderthalbjährige Praxis bezogene Bilanz als Erfolgsbilanz zu werten. Das darf selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese ersten Schritte noch unvollkommen sind. Die Handhabung der Ankündigung kann in ihrer Qualität verbessert werden, z.B. durch die Senkung der Ankündigungsschwelle, die Verlängerung der Ankündigungsfrist und die Konkretisierung des Ankündigungsinhaltes. Ferner wäre es ein Fortschritt in Richtung auf mehr Transparenz, wenn auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten den Einladungen zu NATO-Manövern endlich nachkommen würden.

Dieses und die Frage der Ankündigung militärischer Bewegungen sind Bereiche, die auf der KSZE-Folgekonferenz angesprochen werden sollten.

Bei der Diskussion dieser Problembereiche in Belgrad und in der politischen Praxis ist jedoch davon auszugehen, daß eine Vertrauensbildung nur erreicht werden kann durch Forderungen, die von beiden Seiten aus innerpolitischen und aus bündnisinternen Gründen annehmbar sind. Jede Überforderung gefährdet den eingeleiteten Prozeß, Sicherheit durch mehr Vertrauen und durch größere Transparenz zu erhöhen. (-/29.3.1977/kr/lo)

+ + +

McCarthyismus in Hessen?

CDU fordert politischen Numerus clausus

Von Hartmut Holzapfel MdL

Mitglied des Kulturausschusses des hessischen Landtags

Es stand in der "Welt": Marburgs CDU-Bürgermeister Sälzer hält den Stimmenzuwachs der DKP für ein Ergebnis der zahlreichen Studentestimmen in der kleinen Universitätsstadt. So weit so gut. Vor allem wirft er dabei einen Blick auf den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und fordert radikale Remedur: Er sehe sich in seiner Forderung bestätigt (schreibt das CDU-Hofblatt aus Hamburg), an diesem Fachbereich keine Neumatrikulationen mehr zuzulassen.

Das muß man dann schon zweimal lesen. Da fordert einer, der immerhin kulturpolitischer Sprecher der hessischen CDU ist, daß man einen politischen Numerus clausus verhängen möge. Weil ihm ein Fachbereich mißfällt, weil er da Leute sieht, die er nicht gern sieht, weil einige da womöglich etwas wählen, was er noch weniger gern sieht, soll einfach der Zugang gesperrt werden. So einfach ist das. Was kümmern Herr Sälzer so altmodische Dinge wie Wissenschafts- und Lehr- und Lernfreiheit?

Er war da nie zimperlich. Vor einiger Zeit hat er vorgeschlagen, den ganzen Fachbereich einfach zu schließen. Daß nicht der Zweck die Mittel heiligt; daß die Freiheit und ihre Grundlagen nicht dadurch gerettet werden, daß man sie selbst demontiert; daß die Skrupellosigkeit, mit der Herr Sälzer den Kahlschlag als Mittel zur Verteidigung der Demokratie propagiert, längst die Axt an die Wurzeln dieser Demokratie selbst zu legen droht: Für Knochenenerweichung hielt er solche Hinweise, Zeichen eines überholten Liberalismus. Längst auch stört ihn nicht mehr, daß die Sprache, die er in Sachen Hochschulpolitik spricht, sich von der des "Neuen Deutschland" nur noch in den Vorzeichen unterscheidet.

Seine Beiträge werfen Schlaglichter auf die Mentalität der hessischen CDU. Können deren Kulturpolitiker an die Macht - die Ära, die sie eröffnen würden, ließe die Ära des McCarthyismus in den USA geradezu als Epoche eines Linkliberalen erscheinen.

Der "Welt" ist zu danken, daß sie uns dies immer wieder vor Augen führt und wir rechtzeitig gewarnt werden. (-/29.3.1977/bgy/lo)

+ + +